Die Berliner Zeitung

Nummer 287

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig.

73. Jahrgang.

Freitag, 22. Juni 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszeit der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten für Manuskripte keine Demanstration | Flugspport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftverkehrs, Der Deutsche Beamte, Heile- und Bäder-Beläge sowie „Kunst Welt Wissen“ mit Roman | Unerwartung keine Manuskripte einbringen

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Sprechzeiten: für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2437 und für die Druckerei Zentrum 2483
Anzeigenpreise: Die 12spaltige Zeile 1,20 Rmk., Stellungswerbung 0,50 Rmk., Reklamewerbung 5.— Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche 52mal. Bestellungen nehmen Zeitungsverleger, unsere Geschäftsstelle und alle Postämter des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbestellung: Durch Streifenband oder Postbestellung. Postbestellungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Österreich und alle Postämter des Deutschen Reiches. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 Francs, Belgien 42 Belgas, Schweden 40 schwedische Kronen, Holland 10 holländische Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 30 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 130 Lire, Rumänien 200 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Estland-Lettland 250 estländische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 300 Dinare, Österreich 36 Schilling, Litauen 30 Litai, Lettland 30 Lei, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,30 Goldmark.
Telegramm-Adresse: „Börzenkronen“ | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postfachkonto: Berlin Nr. 20412.

Immer noch Phosgen.

Mit hysterischem Geschrei haben sich die Wortführer der passifischen Seiten auf das Gasunglück in Hamburg gestürzt. Den Vogel schießt natürlich der ehemalige General, aber die so genannte Demokratische Partei wegen seiner Verbotsfreiheit und seiner politischen Inhabung aus der Partei gelassen hat. Er bezieht die Gasmaske mit Schweißgasen und die, die die Apparate den Gasbehältern vorbeugend bereitstellen wollen, mit den nächsten Rüststücken. Heute, die so mit geologischen Vergleichen um sich werfen, haben fast einen Unrechts.

Aber aus etwas ernster zu nehmende Mütter überlegen sich in ihrer passifischen Agitation. Das Berliner linksdemokratische Blatt läßt eine gesinnungsbewandte Abgeordnete seinen Lehren den Säugling in den Windeln vorführen und schreit nach Schutz der Kinder gegen das Giftgas, mit dem der Feind sie bedroht. Die Reaktionsität des Strömungsmittels demiriert die gute Seele. Ist der Sauerstoff, den Säuglinge bei einer Belagerung erhalten oder den England über die brennenden Kinder verhängt, weniger qualitativ? Staudt diese Vertreterin des brennenden Rufes, daß die Mütter ihre Kinder lieber durch Granatmittele getötet sehen wollen? Wer wirklich die Gefahr mit den brennenden Säuglingen hat, sollte den Verfall der Verträge beklagen, der Deutschland alle wirklich wirksamen Abwehrmittel gegen die Angriffe auf das Leben seiner Kinder nimmt. Die Abgeordnete sagt, überall schloßen die „sozialistischen“ Vorkriegsverbände auf dem Rubelstein blaspheemischer Heuchelei, womit sie den Oberflächlichen der betonten Menschenliebe und der Kriegsgeschrei meint. Sie schließt damit dieselben harmonischen Töne an, wie Herr von Schöningh — Meißel aber trotzdem eine Fierde der Demokratischen Partei. Die „Frankfurter Zeitung“ läßt durch ihren Spezialkorrespondenten, einen ehemaligen Stabschef, feststellen: „Wer heute noch Krieg führe, sei ein Kannibale; mehr schlimmer als ein Kannibale.“ Der Zufallstreffende wird überdies, nicht zum Selbstmord geeignete Formen annehmen. Der Kriegsgeschrei wird mit dem Worte „Selbstmord“ sparsam umgehen. Wer darum die Mütter „heilsamer“ waren, die mit Giften aufeinander losgingen, als die, die die Flugsäuge zum Hindernis lenken, ist nicht einzuwenden. Denn wenn der Selbstmordstreffende: „Wer hochgehende nicht, bei diesen Maßnahmen etwas aus Spiel zu setzen. Aus letzterer Sicht werden die einige Tausend Giftgas anwerfen und darauf abends in irgend einer Bar ihres Landes im „Einspiel“ sitzen“, so ist das nicht als flache Demagogie. Der Flugsäuge führt jetzt allerdings nicht anders auf Spiel als sein Leben. Ihm drohen die Nachfolger, die Flugsäugebedeute; er ist gefährlicher als der Kritiker, der auf 12 bis 15 Kilometer Entfernung auf den Feind feuert. Ueber den Flugsäuge aber kann auch im Kriegsfalle überhaupt umgehört werden. Ihn hat man wehrlos gemacht. Aber freie Völker werden sich die Waffen schmeiden, mit denen sie die Gefahren, die von den Giftgas tragenden Flugsäugen drohen, abwehren können.

Wer daran glaubt, daß man den Krieg aus dem Volksworte entfernen kann, soll für eine Idee werden. Solange die Friedensidee in der Wirklichkeit nirgend Wurzel gefaßt hat, solange die Völker alle Kontinente um Lande, zu Wasser und in der Luft flieherlich züchten, ist es lächerlich, dem allein entmenschten Volk immer fort von Wärsung und „Wie wieder Krieg!“ in die Ohren zu schreien. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „Rano also selbst die quälendste Frontenfront der feindlichen Wärsung sich aus nur annähernd so veränderlich gestalten, wie der Zustand in einer fortwährend planmäßig aus dem Volk vertragen Stadt!“ Also nicht mehr: Wer hat, als Elend, sondern „schmal lieber Elend, als tot.“ Damit wäre dann der höchste Grad der Knackigkeit erreicht. Mit dieser selbstgefälligen, geistlich tumben Selbstmahnung läßt man macht- und landungige Reden gezeugt ein, zu vollziehen, was man im willigsten Untertanungsgefühl gern ertragen möchte.
Margolus.

Poincarés Einleitung zur Währungsdebatte. Die „nationale Einigung“ bleibt die Vorbedingung.

Zur Regierungsänderung bereit — wenn sie die Kammer wünsche ...

Paris, 21. Juni.
Poincaré hat heute nachmittags die Kammer die eingehende Rede über die Stabilisierungsfrage. Sie war als Antwort auf die Interpellation von Vincent Auriol gedacht. Poincaré warf Vincent Auriol zunächst vor, er habe ein Pöbelverbot, um die Regierungsmehrheit zu gewinnen. Er habe gewissermaßen als „Ministerpräsident in spe“ gesprochen und die Rolle einer „politischen Extreme“ übernommen. Das ist anbelangend, sei er aber der Ansicht, daß das Experiment der nationalen Einigung andauern müsse. Er könne die Einigung nicht ablehnen, er werde die Einigung reformen, wenn man wieder zu den Parteiführern zurückkehren würde. Wenn die Kammer nicht die nötige Anstalt sei, solle sie es ausdrücken. Er sei nach den Worten des Staatspräsidenten, weil er glaubt, daß seine Mission sei noch nicht beendet.
Wenn aber die Kammer die Regierungsänderung einer neuen Regierung anvertrauen wolle, so stehe ihr dies frei.

Die Regierung übernehme die volle Verantwortung für die Stabilisierung. Diese Verantwortung sei sehr schwer. Die Kammer habe dazu eine große Mitsprache. Das Jahr 1927 habe in der französischen Finanzgeschichte einen Markstein dar. Die Regierung wünsche, daß die Politik des Budgetgleichgewichts, die die Grundbedingungen für die Stabilisierung bilde, fortgesetzt werde. Poincaré wies einen Widerspruch auf die Finanzgeschichte seit 1920. Er sprach sich von der Verarmung von Versailles, wo bekanntlich die Amortisationsfrage begründet wurde, und erinnerte daran, daß sein Vornam damals dem Lande die größte Katastrophe verursacht habe. Die Resultate, die aber feilgekauft werden seien, glichen nicht gerade einer Katastrophe. Innerhalb zweier Jahre sei die Schuld an die Bank von Frankreich fast vollständig zurückgezahlt worden. Auch auf anderen Gebieten sei die Finanzlage merklich sanfter worden. Die Regierung habe vor allem die Amortisierung der kurzfristigen inneren Staatsguthaben vorgenommen. Sie habe langfristige Anleihen auszugeben, um die kurzfristigen Papiere zu ersetzen. Es sei nicht wahr, daß die Regierung jemals die Frankenscheibe aufgehoben habe. Seit 18 Monaten sei der Franken tatsächlich stabil. Der Disinflation sei dadurch beendet. Der Banksturz aus dem Jahr 1926 von 53 Milliarden Franken an-

Der Augenblick für die Stabilisierung jetzt gekommen

Die ausländischen Spekulationen hätten im Laufe des letzten Jahres den französischen Markt geradezu überflutet. Von Ende 1926 bis Oktober 1927 habe die Bank für 20 Milliarden Franken Devisen gekauft. Poincaré spricht an dieser Stelle noch nicht von den letzten beiden Monaten. Er gibt zu, daß er ursprünglich die Ansicht gehabt habe, den Fremden weiter aufzuerhalten und den Finanzfuß einzuheben auf 100 zurückzuführen zu lassen. Das wäre allerdings ein Vorteil für die Wirtschaft, nicht aber für die Industrie, den Handel und die Konsumgüter, die vielfache Verluste erlitten hätten. Da die Realwerte jedoch wieder steigen würden als die Werte, habe sich die Meinung zur Stabilisierung entschieden. Wenn auf einem Pfundstare von 100 angesetzt worden wäre, hätte ungefähr dem Wert von Frankreich 20 Prozent Devisen im Wert von 20 Milliarden erlitten, was 10 Milliarden angesetzt hätte. Was dieser Erklärung kann man somit annehmen, daß

Zentrum und Demokraten in der Kompromissarbeit.

Fortsetzung der Verhandlungen. — Weshalb Müller gestern nicht zum Reichspräsidenten ging. — Die ausschlaggebende Bedeutung der Preußenfrage.

Die Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition im Reich, die am Montag beinahe schon geschlossen waren, sind im Laufe des gestrigen Abends doch wieder in Ruß gekommen. Den Ausgangspunkt dazu geben, wie wir bereits gestern abend berichteten, die Unterredungen, die Wg. Müller gestern mit dem Fraktionsführer des Zentrums, dem Grafen, und dem Staatsminister im Bureau des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, hatte. Es bezieht sich, daß sich Müller vor diesen Unterredungen ganz einfach mit der Ansicht trug, sich zum Reichspräsidenten zu begeben und ihm mitzuteilen, daß der Reichstag zur Bildung der Großen Koalition bereit sei. Wenn der sozialdemokratische Kandidat abgelehnt hätte, daß noch ein letztes Wärsung nähme, so kämen zu diesem Zeitpunkt in erster Linie die Eröffnungen nachgehend gegeben sein, die ihm mitteilend der Fraktionsführer des Zentrums, dem Grafen, gemacht hatte. Es wird nämlich berichtet, daß Müller dem Grafen, dem Grafen, die Frage vorgelegt, ob das Zentrum bereit sei, eine Regierung der Weimarer Koalition mitzugeben. Die Antwort des Grafen war, daß sein Zweifel darüber gelassen habe, daß im Zentrum wenig oder gar keine Neigung für ein solches Regierungs-experiment vorhanden ist. Inmitten der darauf sprach Wg. Müller mit Staatsminister Meißner, der ihm den Versuch der Reichspräsidenten übermitteln sollte, auch die letzten Möglichkeiten zur Bildung der Großen Koalition zu erschöpfen.

Insofern ist allerdings die Darstellung der linksbürgerlichen Parteien richtig, als sie der Preußenfrage eine ganz ausschlaggebende Bedeutung beimißt. Die Erkenntnis kommt dem Zentrum und den Demokraten richtig, daß es ist nicht ohne weiteres möglich, ob sie tief genug ist, daß die beiden genannten Parteien die richtigen Konsequenzen daraus ziehen. Jedenfalls erscheint die Abromptisierung der Preußenfrage, die gestern nachmittag von Zentrum und Demokraten vorläufig noch ineffizient vorbereitet wurde, wenig erfolgversprechend. Diese „Kompromisslösung“ soll nämlich darin bestehen, daß die Führer der Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Demokraten der Deutschen Volkspartei gegenüber eine Erklärung abgeben würden, wonach sie mit allen Kräften und mit dem ganzen Gewicht ihres Einflusses bei ihren preussischen Parteiführern dafür eintreten würden, daß die Wähler der Deutschen Volkspartei auf Umständlichkeit der preussischen Regierung zu einem bestimmten Termin vermittelst werden.

Der Reichspräsident der Bank von Frankreich einen Wert von 50 Milliarden Franken repräsentiert, obwohl Poincaré diese Zahl ausdrücklich nicht genannt hat. Außerdem ist die Regierung auf sofortigen Stabilisierung eingeworfen. Die Konvention mit der Bank von Frankreich von 1921 laufe Ende dieses Monats ab. Die Bank von Frankreich habe mit der Kündigung der Konvention gedroht, wenn nicht stabilisiert werde. Im Falle der Kündigung würde die Regierung aus gezwungen werden, sämtliche Aktien von der Bank von Frankreich gestrichelt werden sofort zurückzugeben. Die Stabilisierung sollte auch entgegen der bestehenden Annahme, einen Vorteil im Hinblick auf die äußere Finanzpolitik Frankreichs

dar, Frankreich hätte allerdings bei fortgesetzter Aufwertung weniger an England und Amerika zu zahlen. Es würde aber auf der anderen Seite die Regierung von Deutschland auf Kosten der Danenbankmutter erhalten. Da aber das Gutshaben Frankreichs gegenüber Deutschland höher sei, als die französische Schuld an England und Amerika zusammen, so hätte es auch auf diesem Gebiet durch eine weitere Aufwertung zum Vorteil erlitten. Er hoffe, daß das Prinzip, wonach Deutschland haben würde, als Frankreich an England und Amerika, auch in Zukunft von den kommenden Regierungen aufrecht erhalten werde. (1)

Der Reichspräsident hätte die Stellung vorübergehend aufgegeben. Die Rede Poincarés erhalte demnach den Wert, besonders auf den Wärsung der Reichstagen, während die Sozialisten und aufständische Elemente ein großer Teil der Rabatten sich zurückhalten beschließen. Die Zurückhaltung der Rabatten erklärt sich daraus, daß sie die von Poincaré in Aussicht gestellte neue Konvention mit der Bank von Frankreich als zu unvorteilhaft für den französischen Staat erachteten. Nach Wiederannahme der Sitzung

Weshalb Poincaré seine Rede fort.

Es sollte mit, daß die Regierung beabsichtigt, nach der Stabilisierung nach und nach den Goldfuß wieder herzustellen. Die Gegner der Stabilisierung erklären gemeint, daß dies einen Anreiz und aufgeben eine Ungerechtigkeit gegen die Rentner einbringen würde. Der Anreiz sei aber von dem Augenblick an vorhanden gewesen, als der Staatsfuß der Renten unregelmäßig wurde. Was die Rentner anlangt, so werde der Status quo sich nicht ändern, der Reizgegend werde allerdings eine empfindliche Einbuße erleiden. Man habe vorgeschlagen, daß die Renten der Sozialrentner auf Goldfuß aufgewertet werden sollten, daß sie aber nicht möglich. Eine solche Maßnahme würde 12 Milliarden Franken kosten und gleichzeitig den Wert des Staates und der Renten bedeuten. Man habe auch gesagt, daß nach der Stabilisierung die Preise rasch steigen würden. Er glaube das nicht. Die Preissteigerung sei, Frankreich aus seit der tatsächlichen Stabilisierung in den letzten 18 Monaten wesentlich unter der anderen Länder geblichen. Eine Preissteigerung könne nur von wirtschaftlichen Ursachen ausgehen. Die Regierung übernehme die Verantwortung, allen ihren Wärsung heben und die Wirtschaft gegen jede Art von Spekulation und Wärsung abzurufen. Die Preissteigerung würde eine Neubildung erfordern, wenn die Regierung dies plane, eine systematische Politik der Produktion durchzuführen würde. Ein Faktor der Steuerung sei gegenwärtig

— Reichsminister Dr. Stresemann hat gestern Abend Berlin zu einem längeren Genesungsurlaub verlassen.